

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

Vorsteher

4. Mai 2026

**GV der Aargauer Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber in Stein AG
Grusswort von Landammann Dieter Egli**

((Es gilt das gesprochene Wort))

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Gemeindeammann, geschätzte Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber, sehr geehrte Präsidentinnen und Präsidenten der Aargauer Gemeindeverbände, geschätzte Gäste, sehr geehrte Damen und Herren

Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung zur heutigen Generalversammlung und grüsse Sie auch im Namen meiner Kollegin und meiner Kollegen im Regierungsrat. Es freut mich, dass wir diese Tradition haben, uns auszutauschen – nicht nur heute, sondern das ganze Jahr über – und, wie ich finde, auf eine gute und konstruktive Art.

Konstruktiv ausgetauscht haben wir uns ja in den letzten Monaten zur Revision des Gemeindegesetzes. Ich danke dem Verband für das Engagement bei der Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage, auch dank Ihnen war das in einem sehr breiten, offenen Rahmen möglich. Ich danke Ihnen für Ihre Kritik, für Ihre Ergänzungen am Vorschlag des Kantons – und natürlich vor allem dafür, dass Sie diese Revision in der vorliegenden Form mittragen. Mit den Gemeindeammännern haben wir diesbezüglich ja noch einige Differenzen, aber auch keine existenziellen – und ich bin gespannt, was jetzt bei der Vernehmlassung herauskommt.

Es mag Aussenstehenden vielleicht manchmal schwerfällig vorkommen – und ich höre es auch, wenn ich mit Leuten aus der Privatwirtschaft spreche – , dass wir für so ein Gesetz so lange verhandeln, das dann ja nicht alles umkrepeln wird. Ich bin aber überzeugt, dass es uns in verschiedenen Belangen die Arbeit und die Zusammenarbeit erleichtern wird. Darum geht es ja vor allem: um Zusammenarbeit und um Stabilität. Und das basiert ja sehr stark genau darauf, dass wir uns eben laufend austauschen, dass verschiedene Anspruchsgruppen nicht aussen vor gelassen werden, sondern ihre berechtigten Anliegen einbringen können. So läuft das bei uns – und so ist das gut, auch wenn es manchmal etwas länger dauert. Dass wir mitbestimmen wollen und können, das ist ein Teil unserer DNA als Schweizerinnen und Schweizer.

In der Welt "ausserhalb" können wir nicht immer mitbestimmen. Im Gegenteil: Wir müssen immer mehr reagieren und improvisieren, auf Ereignisse, die wir nicht beeinflussen können – in einem neuen Spiel der Superkräfte, die ihre Macht rücksichtslos einsetzen und ausspielen. Daran müssen wir uns gewöhnen, die Zeiten sind rau, und es ist bereits wieder eine Krise ist im Anmarsch. Diesmal eine Energiekrise, auch wenn wir sie im Moment noch nicht so genau absehen können. Wir laufen auf eine nächste Energieknappheit zu. Einmal mehr erleben wir, dass ein Konflikt, der irgendwo auf der Welt ausbricht, bei uns in der Schweiz, im Aargau, auch in den Aargauer Gemeinden direkt aufschlägt und wir uns ganz unmittelbar mit den Folgen befassen müssen.

Vielleicht geht uns nicht direkt das Benzin aus, aber die wirtschaftlichen Folgen der höheren Energiepreise in Europa und weltweit betreffen uns und werden auch bei uns zu wirtschaftlichen Einbussen

führen. Das werden auch die Gemeinden spüren – wenn vielleicht auch nur indirekt über soziale Folgen, wenn es den Unternehmen nicht mehr so gut geht.

Bei einer weiteren grossen Umwälzung können wir zwar etwas mehr mitbestimmen, auch hier können wir die Folgen noch nicht ganz absehen: bei der künstlichen Intelligenz. Da merke ich, wie schnell die Zeit vergeht: Es ist erst zwei Jahre her, da haben sich zwei Kommissionen des Grossen Rats bei der Verhandlung der VRPG-Revision gegen die Automatisierung bei Routineentscheiden ausgesprochen, zum Beispiel bei Stipendien oder bei Bewilligungen im Strassenverkehrsamt. Es ging dabei nicht einmal um KI und schon gar nicht um selbstlernende und autonome Systeme, sondern nur um automatische Verfügungen bei 0-1-Entscheiden, bei denen die Kriterien klar festgelegt sind. Die Gründe für die Ablehnung waren meiner Meinung nach eher irrational – "Wir wissen nicht, was das für Folgen hat. Wo kann man sich beschweren? Warten wir doch mal ab, was der Bund macht...". Oder vielleicht haben wir es auch einfach zu kompliziert formuliert. Jedenfalls wagte die Politik nicht, einen Schritt zu machen in ein neues Feld – etwas auszuprobieren mit dem Risiko, dass man nachher vielleicht auch korrigieren muss.

Seither sind zwei Jahre vergangen, und die KI hat das Feld sozusagen von hinten aufgerollt. Heute arbeiten wir in der kantonalen Verwaltung mit AargauGPT und lassen uns bei Routinearbeiten von KI unterstützen. Und im Privatleben ist es bereits beliebter, eine KI zu fragen als zu googeln. Ich glaube nicht, dass die Kommissionen so einen Vorschlag wie vor zwei Jahren heute auch ablehnen würden. Denn auch bei uns in der Verwaltung gibt es Tätigkeiten – und ja, auch Entscheide, die Maschinen besser, schneller und kostengünstiger erledigen als Menschen.

Dass dies auch Ängste weckt, ist klar. Es tun sich aber auch Möglichkeiten auf. Und es wird sicher nicht weitere zwei Jahre gehen, bis die Leute über KI nicht mehr diskutieren werden, sondern uns fragen werden: "Warum wird hier keine KI eingesetzt?" Was in der Privatwirtschaft Standard wird, wird auch von uns in der Verwaltung gefordert. Wir, die Gemeinden und der Kanton, werden uns dafür verantworten müssen, wie und wo wir unser Personal einsetzen, das wir alle mit unserem Steuergeld bezahlen.

Im Wissen darum, dass wir dieses Personal im Moment ja gar nicht finden. Die scheint der einzige wirklich Lösungsansatz für Fachkräftemangel – oder anders gesagt: für immer neue, komplexere Dienstleistungen, die man vom Staat fordern, für die wir aber die Ressourcen nicht haben und nicht bereit sind, politisch zu fordern...

Ich bin überzeugt: KI ist existenziell: Darum ist es heute sehr wichtig, dass wir diese Entwicklung nicht einfach "mitmachen", sondern sie als Anlass nehmen, aktiv zu werden und mitzugestalten. Wie wir auch in Zukunft aktiv gestalten, anstatt nur zu reagieren – das ist die Frage, die sich ja auch für die Gemeinden stellt – und angesichts der Herausforderungen, die ich jetzt angesprochen habe, auch für Sie als Leiterinnen und Leiter der Gemeindeverwaltung.

Das soll auch der Hintergrund sein für die Diskussion, die wir in diesem und im nächsten Jahr führen werden über die Gemeindestruktur der Zukunft und wie diese unsere autonomen, eigenverantwortlichen Gemeinden weiter erhalten und unterstützen kann. Die Diskussion wurde – das ist mir immer wieder wichtig, zu betonen – lanciert mit einem Vorstoss von Gemeindeammännern. Ich denke, das ist der richtige Weg, im Sinne des bekannten Bonmots "Gouverner, c'est prévoir". Deshalb hat der Regierungsrat das auch sehr gern angenommen, und der Grosse Rat hat uns einen klaren Auftrag gegeben, den wir zusammen ausführen müssen.

"Gouverner, c'est prévoir": Wir wollen diese Diskussion führen, solange wir noch können – und nicht erst, wenn wir müssen. Die Herausforderungen sind da, auch wenn sie nicht von allen Gemeinden gleich einschneidend oder sogar existenziell empfunden werden.

Ich habe schon mit vielen Gemeindeammännern geredet über die finanziellen Perspektiven, die immer verschwommener werden oder ganz zu verschwinden scheinen. Und es ist dem Regierungsrat

absolut bewusst. Bei Themen wie der Finanzierung der Pflegerestkosten oder den Konsequenzen aus der Änderung des S-Status im nächsten Jahr kommen die Gemeinden an den Rand ihrer Möglichkeiten. Da müssen Sie jetzt vor allem Sie für etwas den Kopf hinhalten, dass sie nicht selbst verantwortlich – und es hilft Ihnen nichts zu wissen, dass es auch der Kanton nicht zu verantworten hat.

Und ich weiss, wir vom Regierungsrat erscheinen etwas stur, wenn wir immer wieder darauf hinweisen, dass die Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden grundsätzlich fair ist und dass beide Seiten mit Kostenexplosionen konfrontiert sind. Das ist auch unsere Überzeugung – und wir glauben, dass der Kanton den autonomen Gemeinden nicht einfach alle Aufgaben abnehmen soll und kann. Es ist aber durchaus legitim, wenn wir über diese Lastenverteilung diskutieren. Das wird ja passieren, wenn ich die aktuellen Vorstösse im Grossen Rat anschau.

Es darf aber nicht nur eine finanzielle Diskussion sein. Dazu gehört für mich zwingend eben auch die Diskussion über unsere Gemeindestruktur – und auch darum ist der Regierungsrat darauf eingegangen. Wir müssen uns überlegen, wie wir zukünftige Aufgaben finanzieren – aber eben auch wo, in welchen Strukturen. Und ich denke schon, dass wir da Chancen hätten, wenn wir nicht so kleinräumig planen müssten, wenn wir mehr in Regionen als in Gemeindegrenzen denken könnten. Was dann diese Gemeindegrenzen noch für eine Funktion haben oder ob es sie noch gibt, ist dann die nächste Frage...

Ich persönlich glaube schon, dass wir uns die aktuelle, kleinräumige Struktur auf die Dauer nicht mehr leisten können. Weil ich anhand der Steuerfussdiskussionen sehe, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bereit sind, diese zu bezahlen. Und weil ich auch befürchte, dass die Solidarität über den Finanzausgleich nicht mehr so lange halten wird. Denn das müssen wir schon sehen: Wenn wir die Zahler-Gemeinden nicht hätten, wären einige von Ihnen nicht da, weil es ihre Gemeinde schon lange nicht mehr gäbe.

Ich bin wirklich gespannt und freue mich auf die Diskussion mit Ihnen allen, die wir so schnell wie möglich lancieren möchten – und zwar nicht nur mit den Gemeinden, sondern auch mit den Bürgerinnen und Bürgern direkt.

Auch da geht es darum, dass wir, wie bei den technischen Umwälzungen, das Zeitfenster nicht verpassen. Dass wir rechtzeitig anpacken und gestalten. Dass wir machen, bevor mit uns einfach gemacht wird.

In diesem Sinn danke ich Ihnen für Ihre tägliche Arbeit in den Gemeinden und für den Kanton. Ich danke Ihnen, dass Sie sich um all die alltäglichen Dinge kümmern, die anfallen – dass Sie aber auch den nötigen Weitblick entwickeln, damit wir als Staatswesen auch in Zukunft noch so funktionieren, wie es die Menschen von uns erwarten und wie sie es auch verdient haben.

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine gute Versammlung. Vielen Dank, dass Sie sich dafür Zeit nehmen und überhaupt, dass Sie sich für die Verbandsarbeit engagieren.